

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Schulen, Jugend, Sport und Soziales
am Montag, dem 17.02.2025, 19:03 Uhr,
im Sitzungssaal des Feuerwehrhauses Friedeburg, Schützenweg 3**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Henning Weißbach, Upschört (Vorsitzender)
Gerrit Bashagen, Friedeburg
Björn Fischer, Marx
Andreas Haak, Etzel
Nicole Henkel, Hesel
Elke Hildebrandt, Wiesede
Gudrun Jeske, Reepsholt
Burkhard Putschke, Friedeburg
Bernhard Seelhorst, Reepsholt

→ stimmberechtigte Mitglieder des Schulausschusses

Nicole Felsmann, Lehrervertreterin
Bettina Kruse-Eilts, Schulelternvertreterin

→ beratende Mitglieder für den Kindergartenbereich

Dominique Haupt, Elternvertreter der Kindertagesstätten

→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich

Antonia Schoone, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

Helfried Goetz, Bürgermeister
GR Nils Janßen
Techn. Angest. Björn Rippen
Maren Heilemann, zugleich Protokollführerin

→ Gäste

Matthias Steinhoff, Architektur- und Ingenieurbüro 3ing, Aurich (zu TOP 6)
Katrin Klöhn, Architektur- und Ingenieurbüro 3ing, Aurich (zu TOP 6)
Sabrina Feldmann, Gemeindesozialarbeit (zu TOP 7)
Marion Seter, Jugendpflege (zu TOP 7)
Ina Sibin, Gemeindesozialarbeit (zu TOP 7)
Dirk Wagner, Jugendpflege (zu TOP 7)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19:03 Uhr die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 05.02.2025 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 11 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.11.2024

Das Protokoll der Sitzung vom 18.11.2025 wurde mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

**TOP 6 Schulentwicklungsplanung - Sachstand Erweiterungs- und Sanierungskonzept
Vorlage: 2024-036/2**

Nach einer Einleitung in den Sachverhalt durch GR Janßen stellten Matthias Steinhoff und Kathrin Klöhn vom Büro 3ing Architektur- und Ingenieurbüro GmbH aus Aurich gem. Anlage den derzeitigen Zwischenstand zum Erweiterungs- und Sanierungskonzept der Schulgebäude im Rahmen der Schulentwicklungsplanung vor.

Rh. Fischer bedankte sich für die Vorstellung. Er äußerte, dass aus finanzieller Sicht Prioritäten gesetzt werden müssten. Daher fragte er sich, ob Mängel an der Trinkwasserversorgung festgestellt worden seien.

Herr Steinhoff erklärte, dass die Trinkwasserleitungen nur in öffentlichen und nicht in privaten Gebäuden geprüft werden müssten. Um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden, müssten die Wasserleitungen geschliffen oder gespült werden.

Auf Nachfrage von Rh. Fischer erklärte Herr Steinhoff, dass es sich heute um einen Zwischenstand handeln würde. Das Ergebnis der Untersuchung mit der Darstellung der Kosten sei für die nächste Ausschusssitzung im Mai vorgesehen.

Rh. Haak fragte an, ob sich die notwendigen Maßnahmen getrennt voneinander umsetzen ließen. Herr Steinhoff antwortete, dass grundsätzlich vom Bestandschutz ausgegangen werden könne. Abhängig von der Bewertung des Brandschutzprüfers könne es allerdings dazu führen, dass der Bestandsschutz nicht mehr greife, wenn einzelne Bauteile baugenehmigungspflichtig verändert würden. Dann wäre unter Umständen eine Trennung der Maßnahmen nicht möglich.

Rf. Henkel sah es als befremdlich an, wenn bei den Werkräumen in Reepsholt und Wiesede ein Lichtschacht als zweiter Rettungsweg genutzt werde.

Auf Nachfrage von Rf Henkel erklärte Herr Steinhoff, dass es für den inklusiven Bereich keine speziellen DIN-Normen gebe, behelfsmäßig werde auf die DIN 18040 (Barrierefreies Bauen) zurückgegriffen.

Frau Felsmann gab zu bedenken, dass Biregio nur pauschal den fehlenden Raumbedarf ermittelt habe. Tatsächlich würden noch weitere Räumlichkeiten an den Schulstandorten fehlen.

Der BM betonte, dass die Erweiterung und Sanierung der Schulen notwendig und wichtig sei. Derzeit würde die Bestandsaufnahme stattfinden. Die dann folgende Umsetzung brauche Zeit und Geld. Daher bitte er um Geduld. Er spreche sich für eine strategische und vernünftige Vorgehensweise aus.

Aus gegebenen Anlass bot Rh. Weißbach die Möglichkeit einer Einwohnerfragerunde im Anschluss an diesen TOP an. Hierzu gab es jedoch keine Wortmeldungen.

Der Bericht über den Sachstand zum Erweiterungs- und Sanierungskonzept wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

TOP 7 Jahresbericht 2024 der Gemeindesozialarbeit
Vorlage: 2025-011

GR Janßen leitete den TOP ein. Anschließend stellte das Team der Gemeindesozialarbeit ihren Jahresbericht 2024 vor.

Rh. Bashagen bedankte sich für den Beitrag und die geleistete Arbeit.

Rh. Putschke schloss sich dem Dank an und betonte die Wichtigkeit des vorangegangenen Appells.

Der BM sprach ebenfalls seinen Dank aus.

Rf. Henkel schloss sich allen Danksagungen an und äußerte, dass die geleistete Arbeit auch ein großes Zeichen für das Miteinander sei.

Der Bericht der Jugendarbeit ist unter folgendem Link zu finden:

www.instagram.com/jugendundsoziales_friedeburg/

Der Bericht der Gemeindesozialarbeit ist unter folgendem Link zu finden:

<https://www.youtube.com/watch?v=GwZmHp9MI-4>

Der Jahresbericht 2024 der Gemeindesozialarbeit wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

TOP 8 Schulsozialfonds
Vorlage: 2025-009

Rh. Fischer erklärte, dass die Gemeinde vor einer schwierigen Aufgabe stehe. Es gebe viele Aufgaben, die auf die Gemeinde übertragen würden, die finanziellen Mittel würden hingegen nicht bereitgestellt werden. Aus diesem Grund müssten leider auch freiwillige Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden. Die CDU-Fraktion werde den Beschlussvorschlag mittragen.

Rh. Putschke erwiderte, dass die SPD-Fraktion den Vorschlag nicht unterstütze. Es bestand der Wunsch, freiwillige Leistungen nach sozialen Kriterien zu gewähren. Der Schulsozialfonds sei bisher nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet worden. Der Kern des Fonds stehe nicht zur Debatte, höchstens die Kriterien, nach denen der Fonds verteilt werde. Wenn der Fonds von 90,00 € auf 45,00 € halbiert werde, stünde den Familien am Ende weniger zur Verfügung. Daher werde die SPD-Fraktion an dem derzeit bestehenden Fonds festhalten.

Rf. Henkel schloss sich den Ausführungen von Rh. Putschke an. Die soziale Sicherung sei wichtig. Sie sehe in diesem Zusammenhang den Begriff der „freiwilligen Leistungen“ als nicht richtig an. Außerdem sei die erstellte Übersicht der freiwilligen Leistungen nicht korrekt, da diese die Generationen untereinander ausspiele.

Der BM erklärte, dass es sich bei freiwilligen Leistungen um alle Leistungen handle, die die Gemeinde eigenständig finanziere und zu denen sie nicht verpflichtet sei. Es stehe fest, dass die Gemeinde Einsparungen vornehmen müsse. Dies sei ein erster Vorschlag. Weitere Vorschläge seien willkommen. Des Weiteren sei die erstellte Übersicht der freiwilligen Leistungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gewünscht worden.

Frau Kruse-Eilts bedauerte, dass mit dieser Einsparung die Familien belastet würden. Gerade die Familien seien schon genug finanziell belastet und der Schulsozialfonds habe zur finanziellen Entlastung beigetragen.

Rh. Haak erwiderte, dass bei Einsparungen alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen seien - nicht nur im familiären Bereich. Es sei korrekt, dass der soziale Aspekt beim Schulsozialfonds fehle. Er gebe allerdings zu bedenken, dass der Aufwand, die Mittel nach sozialen Kriterien zu verteilen, verwaltungsseitig überschaubar bleiben müsse.

Frau Felsmann erklärte, dass die im Rahmen von Bildung und Teilhabe pauschal für persönlichen Schulbedarf bereit gestellten Mittel in Höhe von jährlich 195,00 € pro Kind nicht auskömmlich seien.

Rh. Putschke machte den Vorschlag eine soziale Staffelung anhand der Spitzeneinkommen vorzunehmen. GR Janßen gab zu bedenken, dass in diesen Fällen für alle Familien Einkommensberechnungen bzw. -prüfungen durchgeführt werden müssten.

Rh. Fischer betonte, dass die Gemeinde mit dem Geld der Bürger und Bürgerinnen haushalte und daher damit auskommen müsse. Daher müssten Einsparungen vorgenommen werden. Eine 100%ige Gerechtigkeit ließe sich nicht erzielen. Er bitte daher um Zustimmung des Beschlussvorschlages.

Rf. Henkel erwiderte, dass es keine Unterschiede geben dürfe. Beim Mittagessen würde eine soziale Staffelung vorgenommen werden und beim Fonds werde dies mit der Begründung des zu hohen Aufwandes abgelehnt. Wenn Einsparungen getroffen werden müssen, dann in allen Bereichen und nicht nur zu Lasten der Eltern und Kinder.

Der BM erklärte, dass bei einer sozialgerechten Staffelung ca. 480 Anträgen zu prüfen seien. Dies sei ein viel zu hoher Verwaltungsaufwand.

Rh. Putschke betonte, dass der unterbreitete Vorschlag nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun habe. Es müsse verwaltungsseitig leistbar sein, die Eltern einmalig anzuschreiben und zu bitten, ihren Beitrag selbst zu leisten, wenn sie finanziell gut aufgestellt seien.

Rh. Weißbach beendete die Diskussionsrunde und schlug vor, dass seitens der Fraktionen gerne Alternativvorschläge eingebracht werden könnten.

Der Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 03.02.2025 wurde mit 4 Ja- Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Dem vorgelegten geänderten Entwurf der Richtlinie über die Bereitstellung einer Pauschale zur Deckung von Kosten im Rahmen des Schulbesuchs – Schulsozialfonds – (Stand 03.02.2025) wird zugestimmt.

TOP 9 Zuschuss Mittagsverpflegung
Vorlage: 2025-010

Auf Nachfrage von Rf. Henkel erklärte GR Janßen, dass die Grenze von 40 Kilometern für die Fahrtkosten nicht vorgeschrieben sei. Vor dem Hintergrund, dass Berufstätige häufig weitere Entfernungen zurücklegen müssten, beantragte Rf. Henkel die Grenze auf 100 km heraufzusetzen. Dem Antrag von Rf. Henkel wurde mit 7 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen zugestimmt.

Rh. Putschke beantragte anstelle der linearen Staffelung der Zuschüsse eine progressive Staffelung von 90 %, 70 %, 40 % und 0 %. Dem Antrag von Rh. Putschke wurde mit 8 Ja-Stimmen, 1-Nein Stimme und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Auf Nachfrage von Rf. Hildebrandt erklärte GR Janßen, dass Familien mit geringem Einkommen weiterhin einen Großteil des Mittagessens selbst bezahlen müssten, die Gemeinde würde lediglich wie in der Vergangenheit einen Zuschuss übernehmen.

Rf. Henkel fragte an, wo die Eltern Bildung und Teilhabe beantragen könnten. GR Janßen erklärte, dass diese Leistung beim Landkreis Wittmund zu beantragen sei.

Auf Antrag von Rf. Henkel und Rh. Putschke wurde dem geänderten Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 04.02.2025 mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen zugestimmt:

Unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen wird ab dem Schul-/Kita-Jahr 2025/26 der Zuschuss zur Mittagsverpflegung in den kommunalen Kindertagesstätten und Grundschulen auf Antrag gem. der anliegenden Richtlinien gewährt:

- a) Die einfache Entfernung wird von höchstens 40 km auf höchstens 100 km gesetzt.**
- b) Der Zuschuss ist nicht linear, sondern progressiv im Verhältnis 90, 70, 40, 0 % zu staffeln (siehe Anlage).**

TOP 10 Anpassung der Einkommensgrenzen für die Berechnung der Gebühren
für die Benutzung der Kindertagesstätten
Vorlage: 2025-012

Rh. Putschke regte an, die Gebühren wie beim Zuschuss zur Mittagsverpflegung progressiv zu staffeln.

Rf. Henkel beantragte, die Staffelung von der Mittagsverpflegung zu übernehmen.

Rh. Putschke antwortete, dass dies nicht pauschal möglich sei, da es sich hier nicht um einen Zuschuss, sondern um eine Gebühr handle.

Rh. Fischer vertrat die Ansicht, zunächst die Einkommensgrenzen anzupassen und im nächsten Jahr über eine progressive Staffelung der Kita-Gebühren nachzudenken.

Rf. Henkel stellte den Antrag, die Kilometergrenze ebenfalls auf 100 Kilometer anzupassen.

Auf Antrag von Rf. Henkel wurde dem geänderten Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 05.02.2025 mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zugestimmt:

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Unter Berücksichtigung der folgenden Änderung wird rückwirkend zum 01.03.2025 der Anpassung der Einkommensgrenzen und somit der neuen Einkommensstaffelung für die Gebühr für die Benutzung der Kindertagesstätten zugestimmt:

Die einfache Entfernung wird von höchstens 40 km auf höchstens 100 km gesetzt.

**TOP 11 Berufung der hinzugewählten Vertreterinnen und Vertreter des Ausschusses für Schulen, Jugend, Sport und Soziales
Vorlage: 2025-013**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 05.02.2025 wurde mit 11 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Für den Fachausschuss Schulen, Jugend, Sport und Soziales wird für den Kindertagesstättenbereich mit beratender Stimme als Elternvertreter der Kindertagesstätten Herr Dominique Haupt, Kindertagesstätte „Hollerbusch“, und als seine Stellvertreterin Frau Melanie Feyen, Kindertagesstätte „Hollerbusch“, berufen.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Auf Antrag von Rh. Putschke wurde Frau Janßen, Schulleiterin der GS Friedeburg, mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen das Rederecht erteilt, weil sich ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde Friedeburg hat. Frau Janßen bat darum, spätestens im Mai eine Entscheidung in Sachen Schulsozialfonds zu treffen, um rechtzeitig Eltern über Änderungen informieren zu können.

Herr M. aus Upschört regte an, den Schulsozialfonds in der derzeitigen Form zu erhalten. Auch über die Gemeindegrenzen hinaus werde dieses Angebot als sehr positiv wahrgenommen.

TOP 13 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Der Bericht des BM wurde zu Beginn der Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt, weshalb auf eine Vorlesung verzichtet wurde. Der Bericht des BM ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 14 Anfragen und Anregungen

Rh. Haak erkundigte sich über die baulichen Erweiterungsabsichten der Firma Safe Fire GmbH in Etzel. Der BM antwortete, dass er davon gehört hätte, allerdings seien der Verwaltung keine konkreten Planungen bekannt.

Der Vorsitzende schloss um 21:45 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer